

**Protokoll
über die 34. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Wohnen am 12.04.2012**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2-6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzende

Sembritzki, Erika entsandt durch Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Leppin, Patricia entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Herweg, Susanne entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Hubert, Rudolf entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Klemkow, Gret-Doris entsandt durch SPD-Fraktion
Priebe, Sascha entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Marksteiner, Klaus entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Redmann, Irene entsandt durch SPD-Fraktion

Verwaltung

Block, Steffen
Borchardt, Detlef
Czerwonka, Frank
Niesen, Dieter
Mikula, Monique
Willert, Petra

Gäste

Hoellger, Sylvia

Ötinger, Stev

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften

- 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 08.03.2012 (öffentlicher Teil)

- 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung vom 22.03.2012 (Sondersitzung)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung zu Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 4.1. Kindertagesstättenbedarfsplan - 11. Fortschreibung 2012
Vorlage: 01060/2011

- 4.2. Soziale Stadt Schwerin Neu Zippendorf/Mueßer Holz
Vorlage: 01099/2012

5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

- 5.1. Satzung des Senioren- und Behindertenbeirates
Antragsteller: Behindertenbeirat
Vorlage: 01104/2012

- 5.2. Änderung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II - Leistungen für Unterkunft und Heizung
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01043/2011

- 5.3. Sozialbestattungen innerhalb von 7 Werktagen durchführen
Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: 01112/2012

- 5.4. Personal für das Jobcenter bereitstellen - Schnelle Bearbeitung von ALG-II-Bescheiden
Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion; SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01131/2012

- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Erika Sembritzki, eröffnet die 34. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, der Verwaltung und die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorstehende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschriften

zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 08.03.2012 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Das Protokoll der 32. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 08.03.2012, öffentlicher Teil (TOP 1 bis 6), wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung vom 22.03.2012 (Sondersitzung)

Beschluss:

Das Protokoll der 33. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 22.03.2012, öffentlicher Teil (TOP 1 bis 3), wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

1.)

Herr Block informiert zum aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Leistungserbringung für Bildung und Teilhabe nach § 28ff SGB II wie folgt:

1.

Aktueller Sachstand

Ab dem 13. Februar 2012 bis zum 31. März 2012 waren sechs externe Unterstützungskräfte zur Datennacherfassung eingesetzt.

Sie erfassten durchschnittlich täglich rund 50 – 60 Fälle aus der Vergangenheit nach und bearbeiteten sie abschließend (Bescheiderstellung und Auszahlung).

2.

Arbeitsgruppe Bildung und Teilhabe am 19. April 2012 mit folgenden Zielen:

- Einbeziehung der Schulen (Schulsekretärinnen), Kindertageseinrichtungen und anderer Leistungsanbieter (Sportvereine bzw. Kulturanbieter, z.B. Konservatorium, Volkshochschule) in die Leistungsvergabe (z.B. zur pauschalen Leistungsabwicklung von Ausflügen und Klassenfahrten)

- Vereinbarungen mit Vereinen und Verbänden sowie gewerblichen Leistungserbringern (z.B. Essenanbietern)
- Aktivierung potentieller Leistungsberechtigter durch verbesserte Bürgerinformationen und – Beratung (auch z.B. in den Schulen)

Herr Ötinger fragt nach, wie viel Geld der Bund im Jahr 2011 an Mecklenburg-Vorpommern ausgereicht hat.

Herr Block erläutert das Verfahren, die Bundesmittel fließen in die Landeskasse M-V. Die Landeshauptstadt Schwerin erhält eine Erstattung vom Land M-V.

2.)

Auf Nachfrage von Frau Herweg informiert Herr Block, dass zum laufenden Verfahren zur Wohnungslosenunterkunft noch keine Gerichtsentscheidung vorliegt.

3.)

Frau Klemkow nimmt Bezug auf den Zeitungsartikel in der heutigen SVZ „Kita-Kinder vom Mittagessen ausgeschlossen“ (Seite 1) und fragt nach, ob es diesbezüglich auch in Schweriner Kindereinrichtungen Probleme gibt. Die Anfrage wird aufgenommen und in der Sitzung am 10.05.2012 beantwortet.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen der Verwaltung

zu 4.1 Kindertagesstättenbedarfsplan - 11. Fortschreibung 2012 Vorlage: 01060/2011

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen beschließt den Kindertagesstättenbedarfsplan – 11.Fortschreibung 2012 mit folgenden Punkten:

1. die Betreuungsquoten für die verschiedenen Betreuungsarten werden festgelegt:
Kinderkrippe 50 Prozent, Kindergarten 100 Prozent und für den Hort eine standortabhängige Versorgung von 90/80/60 Prozent in den jeweiligen altersrelevanten Gruppen,
2. die Planungsentscheidungen im Punkt 11 des Kindertagesstättenbedarfsplans.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

**zu 4.2 Soziale Stadt Schwerin Neu Zippendorf/Mueßer Holz
Vorlage: 01099/2012**

Bemerkungen:

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen kritisieren, dass es keine übergreifende Zusammenarbeit mit den freien Trägern, der Stadtteilkonferenz, den Ortsbeiräten, Trägerverbände ect. gibt. Es sollten Doppelstrukturen vermieden werden.

Es wird gefragt, wie und von wem die fließenden Mittel verteilt werden.

Die Anfragen werden aufgenommen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen am 26.04.2012 (Sondersitzung) beantwortet.

Beschluss:

Die Wiedervorlage erfolgt bereits in der Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen am 26.04.2012

Die zuständigen Fachverwaltungen (61, 49, 50) werden um Teilnahme gebeten.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

**zu 5.1 Satzung des Senioren- und Behindertenbeirates
Antragsteller: Behindertenbeirat
Vorlage: 01104/2012**

Bemerkungen:

Nach eingehender Diskussion wird der Antrag des Behindertenbeirates zur Abstimmung gestellt. Diesem Antrag wird mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung die Zustimmung erteilt.

Herr Czerwonka informiert, dass das Innenministerium M-V mit Schreiben vom 06.08.2010 verschiedene Hinweise und Anmerkungen zur in 2010 beschlossenen Satzung des Senioren- und Behindertenbeirates gegeben hat.

Der Änderungsantrag des Behindertenbeirates muss in Form einer Änderungssatzung verabschiedet werden. Er schlägt dem Ausschuss daher vor, nicht nur zum Antrag zu votieren, sondern der Stadtvertretung die Beschlussfassung einer Änderungssatzung zu empfehlen. Ein entsprechender Vorschlag, der den Antrag des Behindertenbeirates berücksichtigt, wird vorgelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Antrag und der Änderungssatzung in folgender Fassung zu:

Die Satzung des Senioren- und des Behindertenbeirates der Landeshauptstadt Schwerin vom 19. Mai 2010 (Stadtanzeiger vom 18. Juni 2010, S. 5) wird wie folgt geändert:

1.

§ 2 wird wie folgt geändert: In Satz 2 wird das Wort "Wahlen" durch das Wort "Bestellungen" ersetzt.

2.

§ 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt geändert:

Die Worte "und Wählbarkeit" werden ersatzlos gestrichen.

b) In Absatz 2 wird das Wort "gewählt" durch "bestellt" ersetzt.

c) In Absatz 3 wird das Wort "Wahl" durch das Wort "Bestellung" ersetzt.

d) In Absatz 5 wird Satz 1 ersatzlos gestrichen.

3.

§ 6 wird wie folgt geändert:

Die Überschrift wird von "Wahlzeit" in "Amtszeit" geändert.

In Satz 2 wird das Wort "Wahl" beide Male durch das Wort "Bestellung" ersetzt.

In Satz 3 wird das Wort "Neuwahl" durch das Wort "Neubestellung" ersetzt.

In Satz 4 wird das Wort "Wiederwahl" durch das Wort "Wiederbestellung" ersetzt.

4.

§ 7 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Wahl" durch das Wort "Bestellung" ersetzt.

5.

§ 8 wird wie folgt geändert:

In Absatz 4 Satz 2 wird das Wort "Wahlstellen" durch das Wort "Stellen" ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1

zu 5.2 Änderung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II - Leistungen für Unterkunft und Heizung
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01043/2011

Bemerkungen:

Frau Mikula erläutert an Hand einer Power Point Präsentation (PPP) den Entwurf einer Neufassung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II.

Die PPP wird als Anlage dem Protokoll beigelegt und in die Informationssysteme eingestellt.

Fragen zum Entwurf der Richtlinie sollen vorab an Frau Mikula und Herrn Block gesandt werden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen zeigen Beratungsbedarf an und stimmen der Durchführung einer Sondersitzung am 26.04.2012 einstimmig zu.

Beschluss:

Die Wiedervorlage erfolgt in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen am 10.05.2012.

- zu 5.3 **Sozialbestattungen innerhalb von 7 Werktagen durchführen**
Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: 01112/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu veranlassen, dass Sozialbestattungen nach § 74 SGB XII binnen 7 Werktagen durchgeführt werden, sofern die Angehörigen keinen anderen Termin wählen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- zu 5.4 **Personal für das Jobcenter bereitstellen - Schnelle Bearbeitung von ALG-II-Bescheiden**
Antragstellerin: CDU/FDP-Fraktion; SPD-Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01131/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, spätestens zum 01.05.2012 zu gewährleisten, dass der städtische Anteil des Gesamtpersonals des Jobcenters gemäß des Beschlusses der Trägerversammlung vom Januar 2012 umgesetzt wird. Um die vereinbarte Anzahl von 65 anwesenden Mitarbeitern realisieren zu können, sind externe Neueinstellungen auszuschließen.
Spätestens zum 01.01.2013 ist die Anzahl der Mitarbeiter/ innen wieder auf die ursprünglich vereinbarte Anzahl von 73 zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

zu 6 Sonstiges

1.)

Frau Herweg informiert über eine Veranstaltung für Frauen mit Behinderungen am 03.05.2012.

2.)

Herr Hubert erinnert an die Haushaltsdynamisierung des Sockelbetrages für die Unterstützung der Vereine und Verbände für 2013.

3.)

Frau Leppin nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 71.10 "Lewenberg - Nahversorgungsmarkt Wismarsche Straße" Aufstellungs- und Offenlagebeschluss (DS: 01069/2012).

Es liegt den Fraktionen ein Schreiben der Sozius gGmbH vor, in dem auf die zu erwartenden Konflikte des Bauvorhabens mit dem benachbarten Hospiz hingewiesen wird.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Simone Timper

Protokollführerin